

390 Barrierefreies Bauen bedeutet aber auch, Senior/innen und speziell Menschen mit
Behinderungen den Bau oder Erwerb individuellen privaten Wohnraums
kostengünstig zu ermöglichen. Dafür sind zusätzliche Fördermittel des Feistaats (z.B.
Darlehen nach dem GdB), spezielle Baufinanzierungen der Kreditwirtschaft für
Senioren und Menschen mit Behinderungen, bevorzugt zu vergebende Bauflächen
395 oder Wohnraum notwendig. Auch neue Wohnkonzepte und -formen wie inklusive
Mehrgenerationenhäuser, -Dörfer oder -Anlagen, Bürgergenossenschaften etc.
müssen auch auf kommunaler Ebene bevorzugt unterstützt werden. Dabei ist zu
berücksichtigen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen den Anforderungen dieser
neuen Wohnkonzepte angepasst werden.

Antragsbereich B/ Antrag 3

Unterbezirk München-Stadt

B 3 Abschreibungsmöglichkeiten verbessern (Angenommen)

5 Die SPD setzt sich dafür ein, zur Schaffung von Anreizen für private Bauherren, die in
2005 abgeschaffte degressive Abschreibung für Anlagen im Mietwohnungsneubau
(„degressive AfA“) für Baumaßnahmen in Regionen mit angespanntem
Wohnungsmarkt wieder einzuführen.

10 Auch die Kosten einer energetischen Gebäudesanierung sollen künftig degressiv
abgeschrieben werden können, wenn dafür im Gegenzug auf die Mieterhöhung
wegen Modernisierung (Modernisierungsumlage) verzichtet wird.

Antragsbereich B/ Antrag 5

Unterbezirk München-Stadt

*Empfänger:
Bundestagsfraktion
Landtagsfraktion*

B 5 Mietwucher wirksam bekämpfen (Überwiesen als Material für weitere Beratungen)

5 Die SPD setzt sich dafür ein, dass § 291 StGB ein effektiver strafrechtlicher
Schutzmechanismus wird. Ansatzpunkt dafür kann die Streichung des Begriffes „die
Zwangslage,“ sein.

Antragsbereich B/ Antrag 10

Unterbezirk München-Stadt

Empfänger:

Bundestagsfraktion

**B 10 Wohnraumaufsicht auf Bundesebene verankern
(Überwiesen als Material)**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die gesetzliche Grundlage für kommunale Wohnraumaufsicht auf Bundesebene verankert wird.

Antragsbereich B/ Antrag 11

Unterbezirk München-Stadt

Empfänger: Landesvorstand mit Ziel BPT

**B 11 Werkwohnungen schaffen – günstigen Wohnraum erhalten
(Überwiesen)**

5 Bund, Länder, Kommunen und Gebietskörperschaften, aber auch privatrechtliche Gesellschaften, die zumindest zu einem Drittel im Besitz der öffentliche Hand sind, schaffen künftig zumindest in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt eigene Wohnungen für ihre Beschäftigten, also Werkwohnungen, zur Sicherung ihres Personalbedarfs. Dies kann auch durch den Erwerb von Belegungsrechten an existierenden oder neu zu schaffenden Wohnungen, Stiftungen oder Genossenschaften geschehen.

10 Grundstücke und Erbbaugrundstücke im Eigentum des Bundes oder der Länder, des Bundessondervermögens oder des Bundeseisenbahnvermögens werden künftig nicht mehr zum Höchstpreis an den Meistbietenden verkauft, sondern entweder zum Werkwohnungsbau selbst bewirtschaftet oder an den Bieter verkauft, der das
15 überzeugendste Konzept zur Sicherung oder Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vorweist. Dabei kommt den Genossenschaften eine besonders wichtige Funktion zu.

Um den Werkwohnungsbau auch für die Privatwirtschaft zu fördern, sollen die
20 Kosten für den Kauf von Belegungsrechten von den Unternehmen als sofort abziehbarer Aufwand abgezogen werden können.

Antragsbereich B/ Antrag 12

Unterbezirk München-Stadt

B 12 Sozialwohnungsquote einführen
(Angenommen)

- 5 Die SPD setzt sich dafür ein, dass mit Kommunen, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt herrscht, kooperativ mit den Bundesländern eine Quote für den Sozialwohnungsbau festgelegt und bei der Erreichung dieser Zielvereinbarung finanziell von Bund und Land unterstützt werden.

Antragsbereich B/ Antrag 13

Unterbezirk München-Stadt

B 13 Bundeseinheitliche Mindestqualifikation für Makler und Hausverwalter
(Angenommen)

- 5 Die SPD setzt sich für die Einführung einer bundeseinheitlichen Mindestqualifikation für Makler und Hausverwalter ein. Dazu gehört auch eine Verpflichtung zur Fort- und Weiterbildung.

Antragsbereich B/ Antrag 15

Unterbezirk München-Stadt

Empfänger:
Bundesparteitag

B 15 Bezahlbarer Wohnraum statt Reprivatisierung
(Angenommen)

- 5 § 89 des Baugesetzbuches wird so reformiert, dass Kommunen, die ein Vorkaufsrecht ausgeübt haben, diese Immobilien künftig an eigene kommunale Wohnungsgesellschaften oder Genossenschaften übertragen bzw. verkaufen können. Der bisherige vermeintliche Zwang zur Reprivatisierung an den Höchstbietenden unter besonderer Berücksichtigung des früheren Käufers wird rechtssicher abgeschafft.

Antragsbereich B/ Antrag 16

Unterbezirk München-Stadt

Empfänger:

Bundesparteitag

**B 16 Energetische Sanierung: Verpflichtung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln
(Angenommen)**

5 Das Bürgerliche Gesetzbuch dahingehend zu ändern, dass § 559 a BGB künftig eine Verpflichtung zur Inanspruchnahme der Fördermittel enthält. Die Darlegungs- und Beweislast trägt der Vermieter. Nimmt der Vermieter Fördermittel nicht in Anspruch, so muss bei einer Modernisierungsumlage der Umfang der nichtinanspruchgenommenen Fördermittel abgezogen werden.

Antragsbereich B/ Antrag 19

Unterbezirk München-Stadt

**B 19 Staatliche Wohnungsbaugesellschaft für Südbayern errichten
(Angenommen)**

Die BayernSPD schlägt vor, eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft für ganz Bayern zu gründen.

Antragsbereich B/ Antrag 21

Unterbezirk München-Stadt

**B 21 Wohnungsmarktorientiertes Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats Bayern
zugunsten der bayerischen Ballungsräume auflegen
(Angenommen)**

5 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Wohnungsnot in bayerischen Ballungsräumen durch ein zunächst auf fünf Jahre befristetes Sonderinvestitionsprogramm angegangen wird, aus dem Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums finanziert werden können.